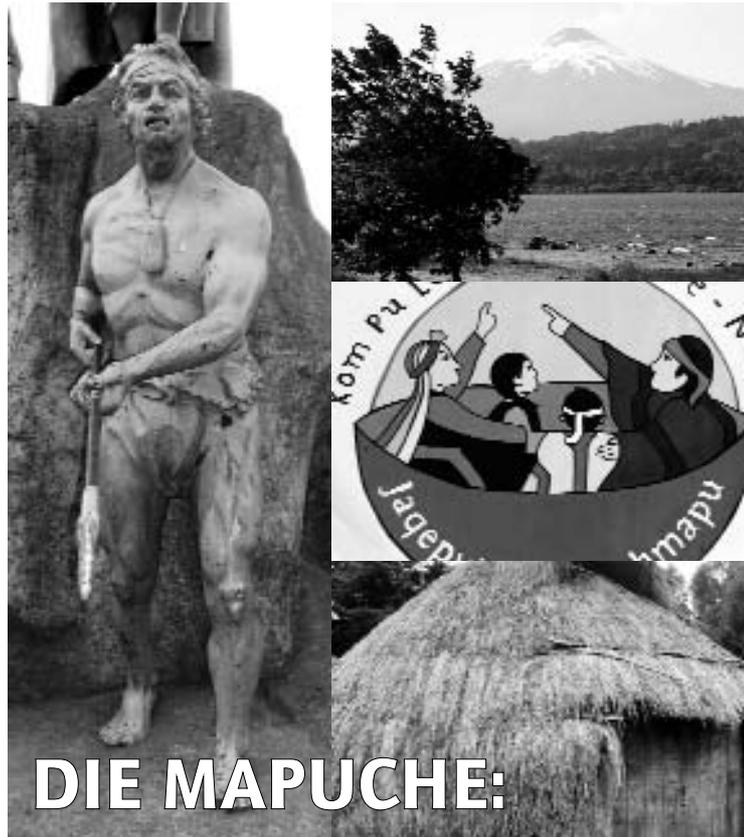


DIE ALTERNATIVE



DIE MAPUCHE:

MIT WAFFEN NICHT ZU BESIEGEN

**BOMBENGESCHÄFT BANKENRETTUNG
• BÜCHERVERNICHTUNG IN WIEN**

Herausgegeben von



Juni 2011

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr. 0021012558



Betriebsratswahlen bei Siemens CMT: BRalternativ gewinnt – und wie!

Trotz vieler Umstrukturierungen wurde die Mehrheit nicht verloren, sondern ausgebaut: 79,18 Prozent, das sind neun von elf Mandaten. Konsequenter Einsatz und Arbeitskämpfe lohnen sich also doch. Wir gratulieren.

Wir spannen den Schirm auf
EUROPEAN UMBRELLA MARCH 2011
20. Juni 2011

20. Juni
Internationaler Tag des Flüchtlings
11h Start Wien 1, Freyung
13h Schlusskundgebung vor dem
Bundeskanzleramt (Ballhausplatz)

asylkoordination ocre

Früherer stellvertretender APA- Chefredakteur Altschul gestorben



Heinz Altschul, früherer stellvertretender Chefredakteur und Chef vom Dienst der APA – Austria Presse Agentur, ist in der Nacht auf Dienstag im 91. Lebensjahr gestorben. Altschul erwarb sich in 19

Dienstjahren in der Redaktion und danach im „Ruhestand“ auch als Berater der Geschäftsführung für Aktivitäten der APA in Osteuropa große Verdienste um die Weiterentwicklung der Agentur.

„Heinz Altschul war über viele Jahre einer der profiliertesten Agenturjournalisten des Landes. Er war kritischer Geist und väterlicher Freund in einer Person. Altschul wird der APA-Familie fehlen“, bedauerte APA-Chefredakteur Michael Lang das Ableben des Journalisten. APA-Geschäftsführer Peter Kropsch: „Heinz Altschul hatte stets ein tiefes Verständnis für die APA als Ganzes und für ihre Rolle in der österreichischen Öffentlichkeit. Er hat sich außerordentliche Verdienste um die APA erworben und wird untrennbar mit der Geschichte des Hauses verbunden bleiben.“

Altschul war von 1969 bis 1988 in der APA-Redaktion tätig, zunächst im Auslandsressort, ab Mai 1982 als CvD. Drei Jahre später wurde er zum Stellvertreter des damaligen Chefredakteurs Otto Schönherr bestellt. Wertvolle Dienste leistete er in dieser Funktion auch Josef A. Nowak bei dessen Start als Chefredakteur. Auf Altschuls Initiative ging unter anderem der Aufbau des APA-Mitarbeiternetzes in den osteuropäischen Nachbarländern zurück.

Altschul wurde am 11. Dezember 1920 in Wien geboren. In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war er vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten bereits im Widerstand gegen die Austrofaschisten tätig. Im Kreis von Jungsozialisten und -kommunisten produzierte er Flugblätter und nahm an politischen Aktionen teil, die ihm auch Gefängnisstrafen einbrachten. Unmittelbar nach dem Einmarsch der deut-

schen Truppen in Österreich hatte er aufgrund seiner jüdischen Abstammung seinen Arbeitsplatz verloren und musste 1939 nach England emigrieren. Bei Kriegsausbruch wurde er dort interniert und schließlich 1940 mit tausenden anderen Österreichern nach Australien deportiert. Nach eineinhalb Jahren Internierung meldete er sich freiwillig zum Dienst in der australischen Armee.

Nach der Demobilisierung 1946 wurde Altschul gemeinsam mit seiner Frau, einer Australierin, nach England repatriert, die britischen Behörden ermöglichten ihm die Weiterreise nach Österreich. Nur wenige Mitglieder seiner Familie hatten den Holocaust überlebt. In den Nachkriegsjahren bekleidete Altschul verschiedene Funktionen in der „Freien Österreichischen Jugend“. Ab 1952 war er für den „Österreichischen Friedensrat“ tätig, von 1954 bis 1968 als dessen Sekretär. Rund um den Prager Frühling und dessen Niederschlagung durch die Warschauer Pakt-Truppen wurde Altschul nach parteiinterner Kritik am Vorgehen der Sowjets aus der KPÖ ausgeschlossen. Einige Monate später fand Altschul dann in der APA eine neue berufliche Heimat. 1988 trat er in den „Ruhestand“, war aber auch danach weiterhin journalistisch und beratend tätig. So berichtete Altschul für seine Agentur etwa rund um den Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 aus Berlin oder stand Chefredakteuren beratend zur Verfügung.

Altschuls Credo nach dem Zweiten Weltkrieg war es, über alle weltanschauliche Grenzen am Aufbau eines demokratischen und freien Österreich und seiner journalistischen Entsprechung mitzuwirken. Totalitäre Systeme – egal welcher Ideologie – lehnte er ab. So legte Altschul etwa im Jahr 1998 auch konsequent sein Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich zurück, nachdem bekannt geworden war, dass Robert Haider die Goldene Verdienstmedaille für Verdienste um die Republik erhalten hatte. Der Vater von Ex-FPÖ-Chef Jörg Haider habe als illegales NS-Mitglied und Angehöriger der „Österreichischen Legion“ aktiv an der „Untergrabung der damals noch unabhängigen Republik Österreich“ mitgewirkt, so Altschuls Begründung. Es sei für ihn deshalb unmöglich, im Besitz einer auch nur ähnlichen Auszeichnung zu bleiben.

DIE ALTERNATIVE

IM JUNI



EDITORIAL
von Friedrich Schiller

MAGAZIN

„Bombengeschäft“ Bankenrettung	Seite 4
Büchervernichtung in Wien	Seite 7
Arbeitsmarktservice: Im Kurs 50+	Seite 10

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

UG-Bundeskonferenz: Investitionen statt Spardiktat . . .	Seite 14
UG: Bildungsmilliarden bereitstellen	Seite 16
Mobilising for social Europe	Seite 24

INTERNATIONAL

Studie: Deutsche Zustände	Seite 18
Mapuche: Revolutionen für Mächtige	Seite 20

SPEZIAL MUCH

.	Seite 12
-----------	----------

HERR TREICHL UND DIE KRISE

Hier soll nicht auf die Pöbeleien des Herrn Treichl eingegangen werden, der jüngst sich eine Brandrede gegen „die blöden und feigen Politiker“ leistete, obwohl gerade sie es waren, die, als die weltweite Finanzmarktkrise auf ihrem Höhepunkt war, seine Bank mit billigem Eigenkapital versorgte. Nein, hier soll auch nicht näher auf sein letztes Jahresgehalt von 2,8 Millionen Euro eingegangen werden.

Was bei der Aufregung völlig unterging waren Herrn Treichls Aussagen, dass seine Branche aus der Krise nichts gelernt hätte, dass die nächste Krise noch viel ärger sein würde als die jetzige und dass sie über die Rohstoffe kommen werde. Wahrlich prophetische Worte eines wildgewordenen Bankers.

Der Preis für ein Barrel Öl der Marke Brent erhöhte sich von seinem Tief Ende 2008 um fast 240 Prozent Anfang Mai. Gleichzeitig spitzt sich die europäische Verschuldungskrise dramatisch zu. Die Regierungen in Spanien, Irland, Portugal und Griechenland wälzen die Krisenkosten auf diejenigen Teile ihrer Bevölkerung ab, die diese Krise nicht verschuldet haben. Die griechische Bevölkerung muss Lohnkürzungen und Steuererhöhungen in unvorstellbarem Ausmaß erdulden. Und sie wehrt sich, und auch die spanische Jugend besetzt die zentralen Plätze der Städte. Ein Schuldenerlass für Griechenland erscheint unausweichlich mit unabsehbaren Folgen für das griechische und europäische Bankwesen. Im Zusammenhang mit der Überbewertung der Rohstoffe kann (wird?) das der Auslöser der nächsten Krise sein.

Bleibt übrig Herrn Treichl zu fragen, auf wen er dann schimpfen wird.

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Mit 1,4 Milliarden in der Miese.

Von Markus Koza.

„BOMBENGESCHÄFT“ BANKENRETTUNG



Ein „Bombengeschäft“ für die Republik Österreich würde sie werden, die Bankenrettung, sagte da anno dazumal der inzwischen in Polit-pension gegangene Ex-ÖVP-Finanzminister Josef Pröll. Die Banken müssten schon ordentlich zahlen, wollten sie das schwerverdiene Steuergeld der Österreicherinnen und Österreicher haben, mein Lieber, da sei der Herr Finanzminister schon dahinter, darauf könne mensch sich verlassen.

Dass es das Bombengeschäft so nicht werden würde, konnten BeobachterInnen schon lange vermuten. Sagten doch sowohl Volksbanken AG als auch Hypo Alpe Adria – was jetzt die Zinszahlungen für das geleistete Partizipationskapital aus Steuergeldern betrifft – bedauerlicherweise ab.

Das Bankenrettungspaket ist auch so intelligent geschnürt – den Cheflobbyisten von Raiffeisen und Erste Bank, Maier und Ikrath, beide ÖVP-Abgeordnete, wie könnte es anders auch sein, sei's gedankt – dass diese „Zinsschuld“ auch niemals beglichen wird. Also auch nicht in den fetten Jahren.

Na, dass sollten wir Privatiers uns einmal erlauben: Sorry, haben heuer kein Geld, wissens eh, die Kinder, der Lebensstil, alles wird teurer, Jesusas ... darum zahlen wir die Zinsen für den Häuslkredit heuer nicht, gell, aber nächstes Jahr sind wir vielleicht etwas besser bei Kasse, da kanns schon sein, dass wir wieder Zinsen zahlen. Nein, nein, Missverständnis, nicht für heuer, das Jahr ist ja dann schon vorbei, net wahr, für nächstes Jahr.

BANKENRETTUNG – EINE BILANZ

Nun wird aus der Vermutung Gewissheit. Das „Bombengeschäft“ stellt sich nun nämlich für die SteuerzahlerIn als ausgesprochen teures Verlustgeschäft dar.

Das europäische Statistische Zentralamt „Eurostat“ untersuchte über den Zeitraum 2007 bis 2010, wie denn nun die Staaten aus ihren Bankenrettungsmaßnahmen finan-

ziell so aussteigen würden. Öffentlichen Einnahmen – aus Gebühren für Garantien, Zinsen, Dividendenzahlungen wurden Ausgaben für Zinsen, Kapitaltransfers, abgerufene Garantien und Partizipationskapital gegenübergestellt. Und das für die Staaten Europas. Was kam da in betrachtetem Zeitraum 2007 bis 2010 nun unter dem Strich raus?



DIE WINNER

- Verdient hat zum Beispiel Frankreich, nämlich immerhin 2,4 Milliarden Euro,
- Spanien stieg mit einem Plus von 1,5 Milliarden Euro aus, Dänemark immerhin mit plus siebenhundert Millionen Euro,
- Ja, selbst das leidgeprüfte und vielgescholtene Griechenland ist endlich einmal im grünen Bereich – nämlich mit plus vierhundert Millionen Euro.



DIE LOSER

- da ist einmal Portugal zu nennen – mit einem Verlust von 2,4 Milliarden Euro,
- weiters die Niederlande, mit einem Minus von 3,4 Milliarden Euro,
- teuer ist die Bankenrettung auch den Deutschen gekommen – mit 16,6 Milliarden Euro fällt da die Bilanz besonders negativ aus,
- heftig erwischt hat es auch Großbritannien mit einem Verlust von fünfzehn Milliarden Euro,
- und das ehemalige EU-„Musterland“ Irland, das ja inzwischen auch unter dem Euro-Rettungsschirm steht – Einnahmen minus Ausgaben stürzt den zum Bettvorleger mutierten „keltischen Tiger“ in eine Miese von 35,7 Milliarden Euro.

ÖSTERREICH: DIE REPUBLIK ALS LOSER

Und unsere Alpenrepublik? Das vielgeprüfte Österreich? Da hat sich das angekündigte „Bombengeschäft“ inzwischen als ziemliche Pleite herausgestellt.

Fangen wir mit dem Erfreulichen an: Wir stehen hinsichtlich des eingefahrenen Verlusts besser als Irland und Portugal da.

Und jetzt das Unerfreuliche: Die Bankenrettung hat uns uneinbringliche 1,4 Milliarden Euro gekostet!

Die Zwangsverstaatlichung der Hypo Alpe Adria und der Kommunalkredit haben doch einiges gekostet. Immerhin ein Minus von rund 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (2010: 284 Milliarden Euro), während

- Dänemark ein Plus von 0,3 Prozent und
 - Frankreich, Belgien, Spanien, Slowenien, Schweden zumindest 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verdient haben.
- Im europäischen Vergleich fallen die Verluste Österreichs in Relation zur Größe des Landes in etwa gleich hoch aus wie jene Deutschlands.

Bitte umblättern

Topmanager im Gagenhimmel

Eine Studie der Arbeiterkammer kommt zum Schluss, dass die Dividenden wieder auf Vorkrisenniveau sind.

Die Arbeiterkammer Wien hat wieder einmal die im Börsenindex ATX vertretenen österreichischen Unternehmen analysiert.

Die Kurzfassung: Österreichs Topmanager dürfen jubeln, selbstverständlich auch jene, die in den Vorstandsetagen von Banken sitzen. Also jenen Finanzinstituten, die den öffentlichen Schuldenstand um rund 1,4 Milliarden Euro erhöht haben.

Freuen dürfen sich auch die AktionärInnen – die ausgeschütteten Gewinne erreichen bereits heuer wieder Vorkrisenniveau.

Durchschnittliches Top-Managergehalt: 1,15 Millionen Euro

1,15 Millionen Euro verdiente ein durchschnittlicher ATX-Vorstand 2010. Damit liegen auch die Spitzenmanager Einkommen bei Vorkrisenniveau, und um rund zwanzig Prozent über den traurigen Managerbezügen des Jahres 2009. Ein Top-Vorstand verdient heute das 41-fache des Einkommens eines „normalen“, durchschnittlichen Beschäftigten. Vor zehn Jahren war es noch das „nur“ 20-fache.

Grundgehalt bei Managern: +20 Prozent

Um Realeinkommensverluste aufgrund steigender Inflation müssen sich Top-Manager nur geringe Sorgen machen. Stiegen die Bonizahlungen auch nur um „bescheidene“ fünf Prozent (Gehaltszuwächse von denen ArbeitnehmerInnen schon nur träumen können), wurden die Grundgehälter in den Vorstandsetagen gleich um saftig zwanzig Prozent erhöht.

Am meisten verdienen dabei

- Vorstände der OMV (nämlich 2,2 Millionen Euro pro Kopf und Jahr),
- Vorstände der Semperit (2,1 Millionen, vor allem aufgrund von Abfertigungen und Abfindungen),
- Topmanager von Andritz (1,9 Millionen),

- Vorstandsmitglieder von Raiffeisen Bank International (1,5 Millionen) und
 - der Erste Group (1,4 Millionen)
- Unter den Top-15-Managern (hinsichtlich Einkommenshöhe) liegen alleine fünf Erste-Group Manager (Top ist hier Andreas Treichl, der im Jahr 2010 2,795 Millionen Euro abcashte, im Jahr davor 1,484 Millionen) sowie sechs OMV-Manager. Frauen finden sich unter den Top-47 doch immerhin zwei, also ganze 4,26 Prozent. Wenig verwunderlich daher die Angst der (Vorstands-)Männer vor Frauenquoten – bei dem Einkommen.

Dividenden auf Vorkrisenniveau

Auch die AktionärInnen profitieren ordentlich von der wirtschaftlichen Erholung. 2,1 Milliarden Euro, rund zwanzig Prozent der gesamten Lohn- und Gehaltssumme, gehen an die EigentümerInnen (die AktienbesitzerInnen). Bei den Dividendenausschüttungen führen

- die Telekom Austria mit 332 Millionen Euro,
- die OMV mit 299 Millionen Euro
- und die Erste Group mit 265 Millionen Euro.

Steigende Dividenden, sinkende Beschäftigungszahlen

Während die Ausschüttungen steigen, sinken die Beschäftigtenzahlen: 2009 verloren 20.000 Beschäftigte in ATX-Konzernen ihren Job, 2010 wurden noch einmal 4000 „freigesetzt“. Übrigens: würden Gewinnausschüttungen um nur 25 Prozent gekürzt, könnten damit rund 13.000 Arbeitsplätze finanziert werden, schätzt die Arbeiterkammer. ■



Kurzfassung der Ergebnisse der Arbeiterkammer-Studie und Forderungen der Arbeiterkammer auf <http://wien.arbeiterkammer.at/online/managergehaelter-115-millionen-euro-55682.html>



ÖSTERREICHS BANKEN WIEDER DICK DA

Übrigens: die Erste Bank erzielte 2010 mit 1,015 Milliarden Euro den „höchsten Nettogewinn“ (Erste-Boss Andreas Treichl) seit 2007 – trotz Bankensteuer in Österreich und Ungarn.

Die „Raiffeisen Bank International“ (nach der Fusion von RZB und Raiffeisen International Holding) fuhr 2010 einen Nettogewinn von 1,087 Milliarden Euro ein. Zum Vergleich: Nach Pro-Forma-Rechnung hätte die „Raiffeisen Bank International“ im Jahr davor einen Gewinn von 450 Millionen Euro gehabt.

Dafür drohen die Banken an, die Bankenabgabe an die Kunden abzuwälzen. Dafür hat Österreichs Bankensektor angekündigt, die Vermögenszuwachssteuer – nicht zuletzt wegen behaupteter überbordender Kosten für die Bankhäuser – vor dem Verfassungsgerichtshof zu beeinspruchen. Angekündigt hat das unter anderem übrigens ein gewisser Herr Ikrath, ÖVP-Abgeordneter.



Ein Anlass zur Unruhe
in den Wiener Büchereien. Von Wolfgang Kauders.

BÜCHER- VERNICHTUNG

Mit Befremden reagierten die BibliothekarInnen der Wiener Büchereien auf die Ankündigung der Bibliothekarischen Leitung im Herbst 2010, dass die Zweigstellen zu viele Bücher hätten und daher zirka 200.000 aus den Regalen zu entfernen seien. Die nachgelieferten Begründungen überzeugten niemanden und erwiesen sich zumeist als Schutzbehauptungen ohne inhaltliche Relevanz. Eine einzige Begründung war nachvollziehbar, warf aber noch mehr Fragen auf:

RFID ...

Durch die geplante Umstellung aller Zweigstellen auf RFID-Verbuchung, welche seit einiger Zeit von Hauptbücherei und etlichen größeren Büchereien verwendet wird, sollen die Medien der umzustellenden Zweigstellen aus Einsparungsgründen drastisch reduziert werden, denn die Kosten für die Verknüpfung eines Mediums mit einem RFID-Chip sind immer noch erheblich. Es fragt sich allerdings, ob angesichts der angespannten Budget-

lage der Büchereien die Umstellung auf RFID-Verbuchung, deren tatsächlicher Effekt für die Zweigstellen immer wieder kritisch hinterfragt wird, wirklich das unmittelbar Notwendigste ist, wofür Geld ausgegeben werden sollte.



... ODER ZWIGSTELLEN- SANIERUNG?

Hier nur einige der seit Jahren immer wieder von BibliothekarInnen und BenutzerInnen beklagten Mängel, deren Behebung die Attraktivität der Büchereien um einiges steigern könnte:

- das Raumklima in vielen Zweigstellen ist unzumutbar, da oft Sommertemperaturen von über 30 Grad erreicht werden;
- oft unzulängliche Ausstattung mit Mobiliar und jahrelang nicht ausgemalten Wänden;
- leider nur in Eigenregie, mit unzulänglichen Mitteln, erstellte Orientierungshinweise innerhalb der Büchereien;
- kaum Hinweistafeln zu Büchereien in den Straßen oder Haltestellen;
- ein Online-Katalog, der nicht mal den Anforderungen eines Web 0.9 genügt, die aus Kostengründen

deaktivierte Möglichkeit, sich per Katalog Medien in die gewünschte Zweigstelle schicken zu lassen, und vieles andere mehr.

Doch der Zug ist abgefahren – es mangelt zwar an Vielem, doch dafür wird es ein Verbuchungssystem geben, dessen tatsächlichen Vorteile sich allerdings in engen Grenzen halten.

EINE ABSURDE NORM

Ende März wurde den MitarbeiterInnen der Büchereien dann der Rohentwurf eines Büchereikonzepts¹⁾ zur Kenntnis gebracht, der zwar keine über das heutige Sosein hinausreichende Perspektive enthielt, in der darin enthaltenen Vorgabe über die Zahl der zweihunderttausend abzuschreibenden Medien aber noch hinausging: „Reduzierung des Bestands anhand bibliothekarischer Standards auf 1000–1500 Medieneinheiten pro 30 m²“.

Umgerechnet auf die real vorhandenen Grundflächen würde dies eine Reduktion des Gesamtbestandes der Medien um zirka die Hälfte bedeuten. Wobei auch die Hauptbücherei und große Zweigstellen betroffen wären, während kleine Zweigstellen noch weit über fünfzig Prozent abzuschreiben hätten.

In manchen Zweigstellen wären aufgrund der durchschnittlich entliehenen Medien überhaupt keine Medien mehr in den Regalen zu finden.

Bitte umblättern



KIV
Kultur- und
Informationsverein
Wien

WOLFGANG KAUDERS
IST PENSIONIERTER
BIBLIOTHEKAR UND KIV-
PERSONALVERTRETER BEI
DEN WIENER BÜCHEREIEN.

Dass eine solche Vorgehensweise keinerlei bibliothekarischem Standard entspricht, war allen BibliothekarInnen und Bibliothekaren klar – nur der Bibliothekarischen Leitung nicht und auch nicht der Abteilungsleitung, bei der die intervenierende Personalvertretung auf Beton stieß.

STANDARDS HIER UND ANDERSWO

In einer umfassenden Analyse des Rohkonzepts zeigte ein Kollege der Büchereien auf²⁾, dass die wesentlichen internationalen bibliothekarischen Standards, wie Anzahl von Medien pro EinwohnerIn, das erforderliche Gesamtausmaß von Bibliotheksflächen, die finanziellen Aufwendungen für Büchereien, überhaupt nicht angesprochen wurden. Denn bei all diesen Kennziffern hat Wien erbärmliche Werte: Das Budget entspricht dem eines Entwicklungslandes, die Medien pro Kopf sind deutlich unter dem internationalen Schnitt und auch die Bibliotheksflächen sind nur ein Bruchteil dessen, was aufgrund langjähriger Praxis als Mindestmaß angenommen wird. Von all dem wird im Rohkonzept nur auf die Bibliotheksflächen Bezug genommen. Allerdings nicht in der Weise, dass eine Vergrößerung der Flächen gefordert wird, sondern die Reduzierung der Medien! Damit „eine erhöhte Aufenthaltsqualität sowie mehr Platz für Lernplätze und lesefördernde Maßnahmen geschaffen“ werden könne.

LESEFÖRDERUNG UND BÜROKRATIE

Was die „lesefördernden Maßnahmen“ betrifft, die nun vor allem medial im Zusammenhang mit den Büchereien propagiert werden, so gibt es diese längst – auf Initiative der BibliothekarInnen, auf höchst professioneller (selbst und im Kollektiv erarbeiteter) Grundlage. Das Ausmaß dieser Arbeit mit schulpflichtigen Kindern und Kindern im Vorschulalter wäre noch größer, wenn die Leitung der MA 13 diese Initiativen vor etlichen Jahren nicht per Weisung brutal eingeschränkt hätte.

Inzwischen ist der Bedarf auch an außerschulischen Leseförderungsmaßnahmen ins Bewusstsein der Politik getreten – die Büchereienleitung setzt

dies auf ihre Weise vorerst mit dem Ausräumen der Büchereilokale um. Übersehen wird dabei, dass es in allen, auch den kleinsten Büchereien, seit jeher an den Vormittagen regelmäßige Besuche von Schulklassen und Kindergruppen gibt, sowohl mit lesefördernden Animationsprogrammen als auch „nur“ zur Rückgabe und Ausleihe von Medien. Dazu bedurfte es für die BibliothekarInnen keiner Weisungen von oben, und auch keiner Büchervernichtung. Das einzige Problem waren in diesem Zusammenhang – wie oben erwähnt – die engstirnigen formalistischen und bürokratischen Vorgaben der Abteilungsleitung.

PROTEST DER IG-AUTORINNEN AUTOREN

Nachdem der Rohentwurf des Büchereikonzepts „nach draußen“ gelangt war und kritische Stellungnahmen in einigen Blogs veröffentlicht wurden, verfasste die „IG-Autorinnen Autoren“ einen Offenen Brief³⁾ an den zuständigen Stadtrat Oxonitsch, in dem es unter anderem heißt:

Aktion Besenrein?

Die Büchereien Wien schmeißen die Hälfte ihrer Bücher ersatzlos weg.

Mit Bestürzung haben wir erfahren, dass die Leitung der Büchereien Wien plant, den Medienbestand in ihren Büchereien radikal zu vermindern – wenn sie ihr Konzept konsequent umsetzt, von derzeit 1,5 Millionen auf 800.000 Medien. Daß als Grund dafür die zu geringen Büchereiflächen genannt werden, an die der Bestand anzupassen wäre, grenzt an blanken Zynismus.(...) Weiters ist zu befürchten, daß bei einer massiven Aussortierung von Büchern gerade solche Titel aus den Büchereien verschwinden werden, die nicht im Mainstream des Bestseller-Literaturgeschäfts liegen. Solche Werke also, für welche die Büchereien eine wichtige Institution zur Verbreitung unter nichtkommerziellen Gesichtspunkten darstellen. Das gilt besonders auch für den zukünftigen Bestand der Büchereien, wenn solche Werke unter dem Diktat der Quote überhaupt nicht mehr angekauft werden können.

Statt weniger Bücher verlangen wir mehr und größere Büchereien, eine großzügige Förderung des Bibliothekswesens und ein Angebot, in dem auch

literarische Nischen ihren Platz haben. Leseförderung und ein großes Medienangebot sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander.



Der Offene Brief wurde in ORF online und in anderen Medien zitiert, zusammen mit einer Stellungnahme des Bibliothekarischen Leiters der Büchereien, welcher nun behauptete: „Wir müssen nachholen, was über Jahre nicht wirklich gemacht wurde“

PROTEST DER PERSONALVERTRETUNG

Auf diese offenkundig falsche Darstellung erfolgte umgehend ein Protest der KIV-PersonalvertreterInnen der Büchereien⁴⁾:

... jede und jeder von uns weiß, dass wir alle gewissenhaft gearbeitet haben – auch was das Abschreiben von Büchern betrifft.

Es trifft eher das Gegenteil zu: Die letzten Jahre waren eine Erfolgsgeschichte für die Büchereien Wien: Medienbestand, Qualität, Ausleihzahlen und Freundlichkeit und vieles

andere mehr sind toll, dass uns in keiner Weise nachzusagen ist, dass wir etwas „nicht wirklich gemacht“ haben.

Dieser Satz ist zweierlei: einmal suggeriert er, dass die MitarbeiterInnen der Büchereien Wien nicht ordentlich gear-



beitet hätten und zweitens, dass die Büchereien keinen ordentlichen Bestand aufwiesen – beides ist nachweislich (statistisch) falsch und darauf ist sachlich ruhig und deutlich hinzuweisen.

Seither herrscht Schweigen von Seiten der Bibliothekarischen Leitung, welche derweilen von Bücherei zu Bücherei geht und die BibliothekarInnen zum Abschreiben mehr oder weniger großer Teile des Buchbestandes „anregt“.

ZUKUNFT DER BÜCHEREIEN

Damit werden deutliche Wegmarken für die Zukunft gesetzt: Gewünscht ist Mainstream-Literatur, die sich rasch umsetzt, tiefergehende und umfassendere Information verschwindet aus den Regalen der Zweigstellen (und in der Hauptbücherei ist sie dann zumeist entlehnt), Spezialbestände können nicht mehr gepflegt werden. Alles läuft

auf eine „Eventarisierung“⁵⁾ des Bücherwesens hinaus: viele Veranstaltungen, viel Medienwirksames, dabei Verzicht auf Nachhaltigkeit.

Ausnahmen werden vielleicht neben der Hauptbücherei ein, zwei (für Wienverhältnisse) große Büchereien sein, doch auch dies kommt im Konzept nicht vor.

Sinnvoll und notwendig wären eine offene Diskussion über die Zukunft des Wiener Bücherwesens, in die sowohl die BibliothekarInnen als auch die Bevölkerung eingebunden sind, eine Große Aussprache über einen bedürfnisorientierten Bestandsaufbau und eine sinnvolle Bestandsverteilung, wobei das Wiener Bücheresystem als Ganzes gesehen werden sollte, weiters Gespräche über das, was gewünscht wird, was machbar ist und wohin es gehen soll. Und natürlich auch über Geld, welches notwendig ist, damit Wien einen Bibliotheksstandard wie in vergleichbaren Städten erlangt. Es gäbe viel zu überlegen und viel zu tun.

SCHWÄCHUNG DER DEMOKRATIE

Unausgelegene und feige Konzepte wie das vorliegende bringen die Büchereien aber nur in eine Sackgasse. Die ad hoc Fokussierung auf einzelne Anforderungen gefährdet – bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer wesentlicher Aufgaben der Büchereien – das vor allem durch die vielen Initiativen und die langjährige professionelle Arbeit der BibliothekarInnen gewonnene Ansehen der Büchereien in der Öffentlichkeit.

Und nicht zuletzt: Die Verringerung des Informationsangebots bedeutet auch eine Schwächung der Demokratie. Denn bekanntlich rennen vor allem schlecht informierte rechtsextremen Schreibern nach.

AKTUELLER NACHTRAG:

In einer Antwort an die „IG-Autorinnen Autoren“ stellt der zuständige Stadtrat Oxonitsch fest:

Genauso wie Sie bin ich überzeugt davon, dass man umgekehrt bei der Bereinigung des Medienbestandes nicht wahllos vorgehen darf, was ja

auch nicht passiert. Deshalb bedienen sich die Büchereien Wien zur Beurteilung der benötigten Bestandsreduktion modernster bibliothekarischer Instrumente. Nur wenn über diesen Prozess ersichtlich wird, dass ein bestimmtes Medium über fünf Jahre hinweg kein einziges Mal entlehnt worden ist, ist aus fachlicher Sicht eine Reduktion – z.B. Von 15 auf 5 Exemplare durchaus gerechtfertigt. So wird zwar die Gesamtanzahl einzelner Medien geringer, die Titelvialt verringert sich dabei aber keineswegs. Überdies wird für jede einzelne Zweigstelle – nach der Gesamtbeurteilung – nochmals individuell geprüft, in welchem Ausmaß eine Bestandsreduktion sinnvoll umgesetzt werden kann. (zitiert nach: „Autorensolidarität“, Zeitschrift der IG Autorinnen Autoren Nr. 2/11)

Damit scheint der Stadtrat den wilden Vernichtungswünschen des Bibliothekarischen Leiters offenbar sinnvolle Zügel angelegt zu haben, der, um jetzt im Reiterjargon zu bleiben, das Pferd mangels bibliothekarischer Kompetenz vom Schwanz aufgezäumt hatte, nämlich von den einzelnen Zweigstellen ohne Blick fürs Ganze. Gefragt ist nunmehr eine durchdachte Analyse des Gesamtbestands aller Zweigstellen und danach eine sinnvolle Reorganisation und Diversifikation der Angebote. Womit das Lektorat gefragt ist, insbesondere das Zweigstellenlektorat. Allerdings gibt es ein solches nicht. Womit wir beim nächsten Problem sind ...

Wolfgang Kauders betreibt den Blog „<http://haftgrund.net>“ und die Facebook-Seite „Wiener Büchereien – Ein Anlass zur Unruhe“ <http://on.fb.me/anlassunruhe>

¹⁾ <http://haftgrund.net/rohentwurf-eines-entwicklungskonzept-der-wiener-buechereien/>

²⁾ <http://haftgrund.net/eine-heillose-flucht-nach-hinten-das-entwicklungskonzept-der-wiener-buechereien/>

³⁾ <http://haftgrund.net/offener-brief-der-ig-autorinnen-autoren-zur-aktion-beserein-der-wiener-buechereien/>

⁴⁾ <http://haftgrund.net/protest-der-bibliothekarinnen-nach-stellungnahme-ihres-leiters/>

⁵⁾ <http://weblog.ib.hu-berlin.de/?p=8791>

Fünf Wochen Kurs mit Leuten, die auf die Pension vorbereitet werden, ab fünfzig Jahren.
Wie sinnvoll ist das? Von Zuzana Brejcha.

IM KURS 50+

Zwei Projektförderungen abgelehnt, einige kleine Jobs auf Honorarnote – so sieht das vergangene Jahr aus der Sicht des Arbeitsmarktservice aus, also ab in einen Kurs.

Den soll ich mir selbst aussuchen. Ich brauche eine Website, also suche ich mir einen Kurs aus, in dem ich die Website nicht nur erstelle, sondern auch lerne, wie ich sie administrieren kann. Das Institut hat schon oft mit dem Arbeitsmarktservice zusammengearbeitet. Nur: ab dem 1. Jänner 2011 darf ein Kurs nur noch unter 1500 Euro kosten. Und da ist „mein“ Kurs nicht drin ... Ich werde also in einen anderen Kurs geschickt: „Als Vorbereitung auf die Pension“, so meine Betreuerin. Das sitzt. Pension? Wie bitte? Ich mache Filme.

Nach einer „Orientierungswoche“, die im Rückblick eigentlich das Schlimmste am ganzen Kurs war, folgen vier Wochen 4-stündige Workshops zu verschiedenen Themen: Pensionsrecht, Selbstständigkeit (ab 50?), Rhetorik, Bewerbungstraining, aber auch Alternativmedizin oder richtige Ernährung und ein wohlthuend kritischer Vortrag über die Leiharbeit. Wie mir eine Frau von 54 erzählte, habe sie in den fünf Wochen viel gehört, was sie

bisher nicht wusste (ohne Ironie). Das Problem lag nicht in den Inhalten, die vermittelt werden sollten, sondern an der Zusammensetzung der Gruppe.

Wahllos zusammengewürfelt – vom Arbeitsmarktservice so geschickt, ohne eine Möglichkeit der Einflussnahme durch das Institut – Männer und Frauen im Alter von 50 bis 63, ehemalige Arbeiter und Angestellte, Leute mit akademischer Bildung und Leute, die nicht lesen und schreiben können, wie sich schon am ersten Tag herausstellt, als wir diverse Formulare ausfüllen sollen.

Das Institut beschäftigt viele Trainer, die Deutsch nicht als Muttersprache haben – das soll sich positiv auf die Teilnehmer aus unterschiedlichen Ländern auswirken. Wie sinnvoll ist aber ein Rhetorikkurs für jemanden, der wie ein 62-jähriger Herr aus Polen, ganz teilnahmslos in der letzten Reihe sitzt und beim Nachfragen, ob er alles verstanden hat, nur sagt: „Nix verstehen“. Ob er wirklich nichts versteht, oder nur seine Ruhe haben will, bleibt ungeklärt. Ein anderer Teilnehmer, 63 Jahre und aus Bosnien, geht nach 35 Jahren bei einer Firma, die Asbestverkleidungen herstellt, in Juni in Pension. Warum muss er jetzt in einem Kurs sitzen und Bewerbungstraining machen?

Die meisten Trainer waren nett, mehr oder weniger bemüht, und manche klar sehr gut qualifiziert, andere Umsteiger aus anderen Berufen (beispielweise Animateurin im Tourismus). Beim Einzelcoaching, als ich mit meinem Trainer über den Kurs spreche und sexistische Bemerkungen der Teilnehmer beklage, wird mir aber auch vermittelt, wie schwierig es für die Trainer ist, sich täglich zu motivieren und auch noch moti-

vierend vor einer Gruppe aufzutreten, die, wenn man ehrlich ist, eigentlich keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Mein Einzelcoach quält mich nicht, und findet sogar einen Websitekurs, den das Arbeitsmarktservice auch noch zahlt, und an dessen Ende ich eine schöne Website habe¹⁾ Was hat sich das Arbeitsmarktservice eigentlich erspart, warum konnte ich nicht gleich den angestrebten Kurs machen?

Einige Trainer sind allerdings so professionell optimistisch, dass es unerträglich ist. Besonders eine Trainerin kommt jeden Tag „super drauf“, versprüht gute Laune, und zeichnet sich durch Bemerkungen aus, wie: „Wenn man arbeitslos oder in Pension ist, muss man ja nicht das 45te Paar Schuhe kaufen“, oder sie erzählt voller Begeisterung von diversen Sozialmärkten. Besonders ins Herz geschlossen habe ich sie für die Bemerkung (Kurs „Richtige Ernährung“): „Wenn man kein Geld hat, muss man ja nicht Bio essen.“ Die gleiche Trainerin fällt mir immer wieder auch durch andere Äußerungen auf: „Diese Frau, die eigentlich ein Mann ist, diese wie heißt sie doch – Alice Schwarzer – die findet, dass Frauen im Berufsleben benachteiligt sind. Ich finde das nicht. Wieso gehen eigentlich Frauen schon mit 60 in Pension?“ Und sie erinnert daran, dass Frauen schon ab sechzig bei den Wiener Linien einen Pensionistenfahrtschein bekommen (Workshop „Pensionsrecht“). Nicht nur Männer pflichten ihr bei, und eine Frau meint: „Wir haben uns jetzt lang genug nur mit Frauen beschäftigt, es ist an der



KIV

ZUZANA BREJCHA
IST FILMSCHAFFENDE UND
KIV-MITARBEITERIN.



Fotos: © AMS / Petra Spiola

Zeit, dass wir uns auch um die armen Männer kümmern“.

Als ich mich als Feministin deklarierte, ernte ich seltsame Blicke. Ich bin aber auch so schon durch meine Kritik an diversen Äußerungen aufgefallen. Ich habe versucht zu thematisieren, dass eine so reiche Gesellschaft wie Österreich Menschen vor der Armut bewahren sollte und die von unserem Trainer in der „Orientierungswoche“ so hoch gepriesene super soziale Absicherung so toll nicht ist.

Der Trainer – ein Russe – vergleicht dann Österreich mit Russland und da steigen wir deutlich besser aus ... auch mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung. 744 Euro zwölfmal im Jahr – die Armutsgrenze liegt irgendwo bei 950 Euro ... Man sagt mir, dass ich mit meiner pessimistischen Einstellung nicht weiter komme und dass ich verbittert bin. Ich nenne das gesellschaftskritisch und realistisch.

Auch wenn sich das Institut eigentlich um ein abwechslungsreiches Programm bemüht und die Stimmung in der Gruppe meist gut ist, bleibt natür-

lich die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Kurse. Für viele TeilnehmerInnen – wenn es schon ein Kurs sein muss – würde ein Deutsch- oder Alphabetisierungskurs mehr Sinn machen. Die Trainer tun alle so, als ob die Teilnehmer nur die richtige Einstellung, den richtigen Lebenslauf, das gut geführte Bewerbungsgespräch brauchen würden, und dann hätten die Leute noch eine Chance auf einen guten Job. Sie erwähnen nicht, dass es zu diesem Bewerbungsgespräch gar nicht kommt.

Und viele der Teilnehmer, vor allem die aus „höheren“ Positionen, können sich schwer damit abfinden, dass sie nicht gebraucht werden und erzählen, wie wichtig ihre Positionen waren oder wie groß die eigene Firma war. Überraschenderweise sind ja etliche da, die früher selbstständig waren. Es fällt auch auf, dass anwesende Frauen ihre – durchwegs schlechter bezahlten Jobs – schon lang vor dem Fünfziger verloren, während die Männer erst so um die 55 nicht mehr gebraucht werden. Und dass Frauen mit dem Verlust des

Jobs lockerer umgehen („Ich kann mich jetzt mehr um meinen Mann kümmern“). Als Hobbys angesprochen werden und der Einwand kommt, dass man für fast alles Geld braucht, wird man angewiesen, dass man ja auch im Wald spazieren kann. Statt Urlaub in Ägypten ab auf die Donauinsel.

Ich habe meine fünf Wochen nun hinter mir. Man war von der Seite des Instituts bei der Einteilung der Workshops nett zu mir und ich konnte sogar zur Diagonale fahren. Während die anderen TeilnehmerInnen entweder am Vormittag oder am Nachmittag im Kurs waren, holte ich die Zeit dann an ganzen Tagen auf. Ich habe nichts Neues gehört, und keine Freundschaften geschlossen. Als jemand aus dem Kunstbereich war ich eine klare Ausenseiterin. Wie sagte ein Teilnehmer in Anzug und Krawatte so schön? „Künstler sind immer dann am kreativsten, wenn sie hungern ... unseren Künstlern geht es zu gut“.

50+ absolviert. Eine nette Frau erzählte mir am Gang, als wir auf die Trainerin warteten, dass ihre Betreuerin vom Arbeitsmarktservice ihr den Kurs wie folgt schmackhaft machte: „Sie sind arbeitslos, geschieden und 55. Vielleicht lernen sie im Kurs jemanden kennen.“ Natürlich einen Arbeitslosen, damit frau schön dort bleibt, wo frau hingehört. Nur keine Ansprüche. Es muss nicht Bio sein.

Und fünf sinnlose Wochen meines Lebens? Mein Gott, ich bin ja arbeitslos.

*) www.zuzana-brejcha.at

WENN DER GRIECHE

ES IST DER GRIECHE
ER WILL ZWEI MILLIARDEN



UND WASS PASSIERT
WENN WIR NICHT
BLECHEN?



"DER EURO RASSET RUNTER"

3,90 FÜR EIN KRÜGEL? DAS
SIND EINHUNDERT ZEHN
SCHILLING FÜR EINEN LITER!!!
DER EURO IS EH SCHON IM ARSCH!



"DIE EU WIRD ZERBRÖSELN"

SCHLUSS MIT BRÜSSEL -
JETZT WIRD WIEDER GEMACHT
WAS ICH SAGE



ZWEIMAL KLINGELT

WENN WIRD GRIECHENLAND
IN TRÜMMERN LIEGEN



"DIE BANKEN WERDEN
BADEN GEHEN"



"EUROPA WIRD IN LAUTER
KLEINE NATIONALSTAATEN
ZERFALLEN"

DAS KANN DOCH
UNS ÖSTERREICHER NICHT SCHRECKEN

KLASSEN
GEBIET
ESFÜRSTEN
IN PROZESS

SIE BETRET
DAS GEBIE
DES
LANDESFÜRS
WIAEL HÄUP

SAG IHM, WENN
ER EIN SUPER
ALL-INCLUSIVE
ANGEBOT HAT,
KOMMEN WIR





Bundeskonzferenz 2011 der Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB.

INVESTITIONEN STATT SPARDIKTAT

IM Rahmen der von 20. bis 22. Mai in Salzburg stattgefundenen Bundeskonferenz der Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB wurden nicht nur die UG-Gremien neu gewählt, sondern auch eine zufriedene Bilanz über die Entwicklung der UG in den letzten Jahren gezogen.

„Die Unabhängigen GewerkschafterInnen haben im ÖGB ihre Position als ‚Größte unter den Kleinen‘ klar festigen und ausbauen können. Die Unabhängigen sind besonders im Sozial- und Bildungsbereich stark verankert und gewinnen auch in für die UG bislang ‚neuen‘ Branchen wie Banken und Versicherungen zunehmend an Stärke,“ freut sich Lisa Langbein, scheidende

UG-Vorsitzende und Vertreterin der UG im ÖGB-Vorstand, dem ehemaligen Präsidium. „Die inhaltlichen Schwerpunkte der UG bleiben auch in Zukunft die Stärkung der sozialen und öffentlichen Dienste und die Bildungspolitik, sowie Fragen der Verteilungs- und Steuergerechtigkeit. Und wir sind und bleiben im ÖGB die parteiunabhängige und ‚bunte‘ Kraft, die sich entschieden für eine Demokratisierung der Gewerkschaften, die Stärkung der Mitgliederrechte, sowie ein gemeinsames, gewerkschaftliches Miteinander, statt verzetteln in einzelgewerkschaftlichen Interessen, sowie gegen falsche Rücksichtnahme auf Partei- und Regierungsinteressen, stark macht.“

Gewählt wurde ein neues Vorsitzteam, nachdem sich Lisa Langbein – langjährige geschäftsführende Vorsitzende der UG – in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.



Das neu gewählte Vorsitzteam besteht aus Beate Neunteufel-Zechner, Betriebsratsvorsitzende bei der Österreichischen Nationalbibliothek, Fritz Schiller, Betriebsratsvorsitzender bei Raiffeisen Capital Management und Markus Koza, bislang Vertreter der

UG im ÖGB-Bundesvorstand, der als neuer geschäftsführender Vorsitzender künftig auch das UG-Mandat von Lisa Langbein im ÖGB-Vorstand übernehmen wird. Ihm folgt Ulrike Stein, Betriebsrätin an der Med-Uni Wien, in den ÖGB-Bundesvorstand nach, Ersatzmitglied wird Christine Rudolf, Sozialpädagogin, politische Sekretärin in der KIV und ehemalige Betriebsrätin und Beschäftigte in der Behindertenbetreuung. Neu beschickt wurde auch der Koordinationsausschuss der Unabhängigen GewerkschafterInnen, das neben der Bundeskonferenz wichtigste politische Gremium der Unabhängigen, das für die Koordinierung der politischen Arbeit und Schwerpunkte zuständig ist.

Die Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung sind gewaltig: „Auf europäischer Ebene droht eine weitere Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und ein noch schärferer neoliberaler Kurs mit massiven Einschnitten ins Pensions- und Gesundheitssystem, sowie der Versuch, in nationale Lohnfindungsprozesse sowie Arbeitsrechte einzugreifen. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf europäischer Ebene vollkommen falsche Schlüsse gezogen. Es wer-

den nicht die Ursachen der Krise beheben – nämlich die massive Ungleichverteilung bei Einkommen, Vermögen und Chancen sowie vollkommen deregulierte und liberalisierte Finanzmärkte, mit entsprechend riskanten und spekulativen Produkten, sondern es gibt ‚more of the same‘. Diesen drohenden Entwicklungen müssen die Gewerkschaften die Vision eines demokratisch-solidarischen Wirtschaftssystems, sozialer Sicherheit, von einer Entmachtung der Finanzmärkte – kurz von einem ‚guten Leben für Alle‘ entgegenzusetzen,“ so Markus Koza.

Der Klimawandel und die sich verknappenden Ressourcen bringen massive Auswirkungen auf Beschäftigung, Produktionsweise und Lebensstil mit sich. „Damit müssen sich Gewerkschaften intensiver auseinandersetzen, um den notwendigen und ohnehin unvermeidlichen Umbau unseres Industriesystems im Sinne der ArbeitnehmerInnen und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes entsprechend sozial zu gestalten. Dafür werden wir uns auch weiterhin im ÖGB stark machen,“ ergänzt Fritz Schiller.

Beate Neunteufel-Zechner wiederum sieht es als eine der zentralen Aufga-

ben der Unabhängigen im ÖGB „Verteilungsgerechtigkeit in ihrer ganzen Breite“ zu thematisieren: „Die Frage ‚Öffentlich oder Privat?‘ ist letztlich auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit – wer nämlich Zugang zu sozialen Diensten, Bildung, zu Gesundheitsversorgung, zu Kultur, zu Mobilität etc. hat. Die Verteilungsfrage läuft nicht nur entlang der Widerspruchspaare Arbeit und Kapital, sondern auch zwischen Männern und Frauen, MigrantInnen und NichtmigrantInnen, ArbeitnehmerInnen und ‚atypisch‘ Beschäftigten hinsichtlich gesellschaftlicher Partizipation, Arbeit und damit Einkommen, Chancen, sozialer Sicherheit. In diesem Sinne stehen Forderungen nach umfassender Arbeitszeitverkürzung, gleichen sozialen Rechten unabhängig von Herkunft und StaatsbürgerInnenenschaft, ‚guter Arbeit‘, eine konsequente Gleichstellungspolitik, sowie eine Stärkung öffentlicher und sozialer Dienste statt Privatisierung ganz oben auf unserer politischen Agenda.“

UG in Salzburg

52 unabhängige GewerkschafterInnen trafen einander zur Konferenz.

Die Generalversammlung entlastete den alten Vorstand, wählte einen neuen und bestimmte die Zusammensetzung des Koordinationsausschusses.

Dann zu den Inhalten – heuer gings um die Rolle unabhängiger GewerkschafterInnen in Gewerkschaftsbewegung und Gesellschaft.

Markus Koza hat zusammengefasst, wo es uns überall gibt und in welcher Stärke. Ziemlich klar war, dass wir im Gesundheits- und Sozialbereich stark sind, im „Arbeiterbereich“ weniger. In manchen Bundesländern haben wir noch Schwächen und insgesamt sind wir klar dritte Kraft im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Zugegeben, der Abstand zu den beiden grossen Fraktionen ist allerdings beträchtlich. Anschliessend referierte Sandra Stern über Rolle und Funktion der Gewerkschaften und Auswege aus den Dilemmas. Ein Video einer Aktion in den USA schloss diesen Teil.

Es folgte eine Stärken-Schwächen-Analyse der UG. Gerade unsere Vielfalt, die Buntheit und Verbundenheit mit den Menschen stellt eine grosse Stärke der Unabhängigen GewerkschafterInnen dar. Unabdingbar dabei ist die Parteiunabhängigkeit.

Aber all die informellen und menschlichen Stärken stellen auch eine Schwäche dar, denn unsere Strukturen sind nicht immer klar. Und Ressourcenmangel bestimmt unser Dasein. Das führt unter anderem vielfach zu Selbstaussbeutung.

Es gibt Bedarf an mehr Information und Kontakt, speziell zwischen den Bundesländern. Auch eine stärkere Betonung des gemeinsamen Daches „Unabhängige GewerkschafterInnen“ war häufig gewünscht.



*Auf dem Weg in die Pension habe ich nicht mehr für den Vorstand oder den Koordinationsausschuss kandidiert. Ich will mich bei Euch für die solidarische Zusammenarbeit herzlich bedanken und wünsche alles Gute! Wenn ich noch einen Wunsch äussern darf: Bitte um viele viele Artikel aus allen Euren Bereichen für die Alternative!
Lisa Langbein*

Unabhängige GewerkschafterInnen und ÖLI/UG
zur Regierungsumbildung und anderen Rochaden der ÖVP und zur aktuellen
Bildungs- und Budgetpolitik.

BILDUNGSMILLIARDEN BEREITSTELLEN

WERNER AMON BLEIBT BILDUNGSSPRECHER

Die glücklose Beatrix Karl mit ihrer gesamt-schul- und schulreform-offenen Minderheitenposition in der ÖVP verläßt das Wissenschaftsministerium. Damit verliert Unterrichtsministerin Schmied eine Gesprächspartnerin, die allerdings schon Anfang März als ÖVP-Bildungsverhandlerin durch Werner Amon abgelöst worden ist.

LOPATKA NICHT MEHR DIENSTRECHTSVERHANDLER

Grad als Verhandler des Finanzministeriums für das LehrerInnendienst- und Besoldungsrecht nominiert, wechselt Reinhold Lopatka in den Nationalrat. Allerdings rückt er nicht auf Kosten des ÖVP-Bildungssprechers Amon nach, sondern statt des Steirers Jochen Pack (Jahrgang 1981, Wirtschaftsständler).

Für die anstehenden Dienstrechtsverhandlungen ist unklar, ob mangels ÖVP-Staatssekretär Ministerin Maria Fekter für das Finanzministerium in das Verhandlungsteam der Regierung gehen wird (derzeit Schmied, Heinisch-Hosek, Lopatka, Amon).

Lässt sich Fekter durch einen Beamten vertreten, schwächt das die koalitions-näre Verhandlungsposition der Regierung, denn die beiden verbleibenden SPÖ-Ministerinnen haben kein Budgetkompetenz und ein Finanzbeamter kein politisches Mandat. Für fcg.GÖD und ÖVP würde diese Konstellation verloren

gegläubte parteipolitische Spielräume wieder aufmachen.

Wie und ob das bei der Vertretung von ArbeitnehmerInnen-, LehrerInneninteressen Vorteile bringen könnte, ist mehr als ungewiss.

SCHULREFORMSTILLSTAND PROLONGIERT?

fcg.GÖD-Vorsitzender Fritz Neugebauer gibt das Amt des zweiten Nationalratspräsidenten nicht an den bei der Regierungsumbildung nicht berücksichtigten Bauernbundpräsidenten Fritz Grillitsch ab. Mit dem Abgang Karls ins Justizressort sind mit Vizekanzler Spindelegger, Bildungssprecher Amon und dem GÖD-Chef nur mehr Bewahrer des differenzierten Schulsystems Ansprechpartner der SPÖ-Bildungsministerin, Schulreformorientierte in der Volkspartei und im Wirtschaftsbund haben bis auf weiteres das Nachsehen.

Gestärkt durch die Regierungsbildung sehen sich nicht nur Gesamtschulgegner, sondern auch die Landespartei-Mächtigen in Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol.

Sie sind in der Dienstrechts- und Verwaltungsreform offen

- gegen ein gemeinsames Bundes-Dienstrecht aller LehrerInnen, weil das den Landespartei-Einfluss auf die LandeslehrerInnen gefährdet,
- gegen den Abbau von landesherrlichen Mehrgleisigkeiten und Seilschaften in der Schulverwaltung und



- gegen das Abgeben von Verantwortung an die dadurch landespartei-unabhängigeren Schulen.

Bei der neuen LehrerInnenbildung, bei der es auch um den Landespartei-Einfluss auf die Pädagogischen Hochschulen und LandeslehrerInnen geht, halten sich diese Landeshauptleute noch eher im Hintergrund.

HOFFNUNGSTRÄGER TÖCHTERLE

Für Forschende, Lehrende, Studierende und allgemeines Personal der Universitäten ist ihr neuer Minister Karlheinz Töchterle aufgrund seiner als

konstruktiv erlebten Rektoratsarbeit in Innsbruck ein Hoffnungskandidat. Das gilt auch für die von Schmied und Karl begonnene Neugestaltung einer gemeinsamen universitären LehrerInnen- und PädagogInnenbildung.

Allerdings ist sein Rückhalt in den Bündeln und bei den Landeshauptleuten der ÖVP gering und seine Verhandlungsposition mit dem Finanzministerium mit der seiner Vorgängerin vergleichbar. Er ist zwar wie Karl für durch Stipendien sozial abgefederte Studiengebühren, diese seien aber „kein zentrales Thema“ (Oberösterreichische Nachrichten). Österreichische Hochschülerschaft, RektorInnenkonferenz und Gewerkschaftsbund werden ihn unterstützen.



Foto von der Krötenwanderung am 1. Oktober 2010

KRISE DER ÖVP ALS CHANCE

Die ÖVP will aus ihrem Umfragetief heraus. Dazu muss sie ihre Reformbereitschaft unter Beweis stellen und reformorientierte Regierungspolitik auch in der Bildungs- und Verwaltungsreform zulassen. Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik braucht aber deutlich mehr Budgetmittel für Wissenschafts- und Bildungsministerium und das geht nicht ohne Abgehen vom Pröll-Faymann-Budgetpfad, den die neue Finanzministerin bewacht, aber vielleicht auch überprüfen und nachbessern wird.

Die Unabhängige GewerkschafterInnen der österreichischen LehrerInneninitiative werden sich am Notenverteilen und Parteisudlesen nicht beteiligen. Wir sind keine Besserwisser wie Muppets Sattler und Waldorf, die Bildungspolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition ist auch keine Muppetshow zum Zurücklehnen und Zuschauen. Wie unsere SchülerInnen sind wir vom reformbedürftigen Zustand des Bildungswesens unmittelbar betroffen. Zuschauen und abwarten ist unsere Sache nicht.

Vielleicht bringt die Regierungsumbildung Bewegung in die österreichische Innenpolitik.

REFORMEN UMSETZEN – HER MIT DEN BILDUNGSMILLIARDEN

In den nächsten Monaten stehen wichtige Entscheidungen über die Zukunft des Bildungswesens an, vom Kindergarten bis zu den Universitäten und zur chronisch vernachlässigten Erwachsenenbildung.

Als LehrerInnen arbeiten wir mit unseren SchülerInnen alltäglich in immer noch verkrusteten, unzureichend budgetierten Strukturen. Als ArbeitnehmerInnen sind wir in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und im ÖGB aktiv für eine kinder- und menschenfreundlichere, eine sozial-integrative, weltoffene und demokratische Schule. Weil Bildung kostet, machen wir auch ihre Finanzierung zum Thema: Es ist höchste Zeit für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste. Aus diesem Grund unterstützt die ÖLI/UG das auch von der Reformblockade der ÖVP provozierte Bildungsvolksbegehren.

Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI/UG: Reinhart Sellner, Ingrid Kalchmair, Wilfried Mayr, Gaby Bogdan, Dietmar Mühl, Katharina Bachmann, Gary Fuchsbauer. Rückfragehinweis: Reinhart Sellner, sellner@oeli-ug.at, (0676) 343 75 21, ugoed.at, Gary Fuchsbauer, fuchsbauer@oeli-ug.at, (0680) 212 43 58, oeli-ug.at.

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugod.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

Eine Studie untersuchte, ob in Krisenzeiten Abwertungen, Diskriminierungen oder Ausgrenzungsmechanismen zunehmen.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Die StudienautorInnen unterscheiden dabei vier Stadien der Krise, die in einer bestimmten zeitlichen Abfolge ablaufen, wobei ein Krisenbereich den nächsten „infiziert“:

1. die Finanzkrise mit ihren dramatischen Auswirkungen auf die Bankenwelt, die Debatten über die im Bankenbeziehungsweise Finanzsystem herrschenden Risiken ausgelöst hat
2. die Wirtschaftskrise, welche in der Folge die arbeitende Bevölkerung erfasst hat und hier vor allem jene, die von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder anderen prekären Arbeitsverhältnissen (zum Beispiel Leiharbeit) betroffen waren und sind
3. die Fiskalkrise – also der deutliche Anstieg der Verschuldung öffentlicher Haushalte – mit weitreichenden Folgen auf die Aufrechterhaltung kommunaler Infrastrukturen und sozialer Transfers für beispielsweise Hartz-4 EmpfängerInnen.
4. die Gesellschaftskrise, in der die ökonomischen Probleme möglicherweise auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt durchschlagen und eine Haltung der Entsolidarisierung befördern.

Dieses „Stadienkonzept“ beinhaltet zwei wichtige Überlegungen:

1. Es impliziert eine zeitliche Abfolge, ein Krisenbereich „infiziert“ den anderen (so ist zum Beispiel die Fiskalkrise eine Folge der Bankenkrise – Stichwort Bankenrettungspakete – und der Wirtschaftskrise – beispielsweise höhere, über Kredite finanzierte Konjunkturpakete bei gleichzeitig steigenden Ausgaben für Arbeitslosigkeit und sinken-

den Einnahmen aus Lohn- und Unternehmenssteuern).

2. Die Entwicklungen in jeder Phase der Krise bedrohen beziehungsweise erfassen direkt oder indirekt immer weitere Kreise der Bevölkerung. Besonders leiden darunter aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Stellung in der Gesellschaft „schwache“ Gruppen, die durch politische Entscheidungs- und Umverteilungsprozesse von unten nach oben (zum Beispiel Bankenrettungspakete zur Vermögenssicherung bei folgenden Kürzungen im Sozial- und Pensionsbereich) belastet werden.

Wie Menschen mit Krise(n) und deren Folgen umgehen beziehungsweise sie verarbeiten hängt dabei wenig überraschend von der sozialen Lage und dem Ausmaß der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung (z.B. wie sicher ist mein Arbeitsplatz?) sowie von der tatsächlichen Betroffenheit (zum Beispiel Arbeitslosigkeit, „Abrutschen“ in Hartz IV) ab. Auffallend ist allerdings dass die „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ – also die Verachtung, die Abwertung, ja beinahe schon der Hass auf „schwache“ Gruppen, wie AusländerInnen und Langzeitarbeitslose – signifikant und dramatisch zugenommen hat: und zwar bei den finanzkräftigen ökonomischen und gesellschaftlichen Eliten.

DISPARATE ENTWICKLUNGEN

Die wirtschaftliche Erholung sowie der von der Politik gefeierte Rückgang der Arbeitslosigkeit verschleiert aller-

dings das eigentliche Problem, nämlich „... die sozialen Folgen der quantitativen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse (insbesondere die wachsende Prekarisierung und die Ausweitung des Niedriglohnssektors), die sich in den letzten Jahren beobachten ließen ... Vor allem daran zeigt sich nämlich, wie sehr die Wirtschaftskrise in die Lebensverhältnisse der Menschen eindringt, ihre Ängste bestimmt und soziale Mentalitäten infiziert.“

KRISENBEDROHUNG UND EROSION SOZIALER WERTE

Wie bereits erwähnt ist die Art und Weise, wie Menschen die Krise subjektiv wahrnehmen und inwiefern sie (sich) betroffen oder bedroht sind (fühlen), für die Frage, wie diese individuell verarbeitet wird, entscheidend.

Hinsichtlich der Krisenbedrohung und -betroffenheit sehen sich 2010 (2009) in der BRD ...

- durch aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen bedroht: 53 Prozent (47,4)
 - durch Krise persönlich betroffen: 40 Prozent (37,9)
 - durch Krise in bisheriger Lebensplanung bedroht: 40,4 Prozent (46,2)
- Die Bedrohung beziehungsweise Betroffenheit durch die Krise, mit der sich Ängste verbinden, kann sich mit Aggressionen „aufladen“. So geben ...
- 40,3 Prozent jener, die eine hohe Krisenbetroffenheit aufweisen, an, „in diesen Zeiten gereizt“ zu sein (niedrige Krisenbetroffenheit: 15,3 Prozent, hohe Krisenbedrohung: 37,3, niedrige Krisenbedrohung: 9,5),



• 37,3 Prozent jener, die eine hohe Krisenbetroffenheit aufweisen, an „zornig zu sein, da ich so unter Druck stehe“ (niedrige Krisenbetroffenheit: 19,5 Prozent, hohe Krisenbedrohung: 33,5, niedrige Krisenbedrohung: 10,3).

„Dem sozialen Zusammenleben dürfen solche „Mischungen“ aus Ängsten und Aggressivität eher abträglich sein,“ nehmen die AutorInnen an. Tatsächlich: Werden für den sozialen Zusam-

Die Bereitschaft der HöherverdienerInnen, in Zeiten der Wirtschafts- und Fiskalkrise einen solidarischen Beitrag zu leisten ist geringer als bei anderen Einkommensgruppen



menhalt zentrale Kernnormen wie Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness abgefragt, so erleben diese in Krisenzeiten einen Erosionsprozess. Die abgefragten Ergebnisse haben sich 2010 im Vergleich zum Krisenjahr 2009 (Ergebnisse in Klammer) nur unwesentlich verschoben.

Der Aussage ...

• „Die Bedrohung des Lebensstandards verringert die Solidarität mit den Schwachen“ stimmten 2010 76,2 Prozent der Befragten (2009: 75,2) zu.

• „Bemühungen um Gerechtigkeit sind in diesen Zeiten nicht mehr erfolgreich“ stimmten 56,7 Prozent (59,3) zu

• „In Krisenzeiten kann man nicht mehr mit Fairness durch andere rechnen“ wurde von 60,4 Prozent (62,8) der Befragten recht gegeben.

Krisenbetroffene bzw. von der Krise Bedrohte wiesen dabei signifikant höhere Zustimmungsraten zur Erosion sozialer Werte auf, als solche, die nicht bedroht oder betroffen sind.

DIE VERACHTUNG DER REICHEN FÜR DIE ARMEN

Eine Krise-Auswirkung auf die Gesellschaft ist damit eine fortschreitende Entsolidarisierung, die sich weniger in

den „unteren“ sozialen Schichten als in den gesellschaftlich und ökonomisch starken Gruppen bemerkbar macht:

1. Trotz einer beispiellosen Umverteilung von unten nach oben (beispielsweise Bankenrettungspakete zur Vermögensrettung, Steuerpolitik etc.), fühlen sich immer mehr Personen mit hohen Einkommen ungerecht behandelt: seit dem Jahr 2005 ist der Prozentsatz der BezieherInnen hoher Einkommen (ab 2598 Euro monatlich), die der Meinung sind, sie erhielten weniger als ihren gerechten Anteil (Fragestellung: Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel glauben Sie, erhalten Sie persönlich? Antwortmöglichkeiten: mehr als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil, weniger als Ihren gerechten Anteil), von 9,1 Prozent auf 22,7 Prozent 2010 gestiegen. Zum Vergleich:

- mittlere Einkommen (1200 bis 2598 Euro) von 25,5 Prozent auf 32,9 Prozent,
- niedriges Einkommen (650 bis 1299 Euro) von 42 Prozent auf 49,9 Prozent,
- Arme (unter 650 Euro) von 58,7 Prozent auf 60,3 Prozent).

2. Unter Personen mit hohen Einkommen war beziehungsweise ist eine geringere Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen da, als bei Personen mit niedrigen Einkommen beziehungsweise Armen. Die Bereitschaft der HöherverdienerInnen, in Zeiten der Wirtschafts- und Fiskalkrise einen solidarischen Beitrag zu leisten, ist verhältnismäßig geringer als bei anderen Einkommensgruppen. So wollen etwa nur 43,4 Prozent der Einkommensstärksten den Arbeitslosen ein höheres Arbeitslosengeld zugestehen (bei den mittleren Einkommen siehts mit lediglich 42,4 Prozent nicht viel besser aus), allerdings immerhin 58,8 Prozent der NiedrigeinkommensbezieherInnen und 87,7 Prozent der Armen. Mehr Unterstützung für Obdachlose wollen 90,9 Prozent der Armen, 83,3 Prozent der BezieherInnen mittlerer Einkommen, aber schon nur mehr 70,8 Prozent der HöherverdienerInnen und überhaupt nur noch 60,8 Prozent der Reichen.

3. Mit der Entsolidarisierung geht – quasi als Legitimation und zur Verteidigung der eigenen Privilegien – eine Stigmatisierung der schwachen Grup-

pen einher („fauler Arbeitsloser“, „Ausländer, die den Sozialstaat ausnutzen“ etc.). Signifikant hat daher auch in der Gruppe der BezieherInnen hoher Einkommen die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zugenommen. Konnte in bisherigen Untersuchungen eine besondere Verbreitung von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ verortet werden, ist die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, des Einforderns von Etabliertenvorrechten, sowie die Abwertung sozial benachteiligter Gruppen – wie etwa Obdachloser – auf die „Gutverdienenden“ zurückzuführen.

Die StudienautorInnen zusammenfassend: „Auch im Jahr 2010 haben die Menschen in den unteren Einkommens- und Statusgruppen eher das Gefühl, von der ökonomischen Krise stärker bedroht oder betroffen zu sein, als die Angehörigen anderer Gruppen. Hinzu kommen politische Entscheidungen, die die Umverteilung von unten nach oben weiter vorantreiben, sowie eine Tendenz der sozialen Entsolidarisierung, die vor allem von den oberen Einkommens- und Statusgruppen ausgeht – und zwar obwohl die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sich in den letzten Jahren zu ihren Gunsten verschoben hat. Hinzu kommt, dass diese Gruppe sich gleichzeitig oftmals nicht gerecht behandelt fühlt und fehlende Sensibilität gegenüber der offenkundigen sozialen Spaltung der Gesellschaft zeigt.“



„Deutsche Zustände“ heißt eine in der edition suhrkamp herausgegebene Reihe. Sie publiziert die Forschungsergebnisse einer seit 2002 laufenden Langzeitstudie, welches Ausmaß und Ursachen „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ haben. Diese Studie analysiert gesellschaftliche Entwicklungen und Zustände, die subjektive Verarbeitung derselben durch die Menschen, sowie die Auswirkungen auf „schwache“ Gruppen.

Die Mapuche¹⁾: Mit Waffen waren sie nicht zu besiegen.
 Von Luis Stabauer, Chile.

REVOLUTIONEN FÜR MÄCHTIGE

Während sich die ursprünglichen Bewohner Afrikas und Asiens mehr oder weniger selbst von den Kolonialstaaten befreien, oder immer noch dabei sind, sich zu befreien, gibt es in Lateinamerika eine Besonderheit: Die in Lateinamerika entstandenen europastämmigen Machtzentren lehnten sich gegen die iberischen Kolonialreiche auf. Auf ihre Art und mit ihren Interessen setzten sie die Entkolonialisierung durch. Die neuen Nationalstaaten übernahmen die europäischen, beziehungsweise US-amerikanischen Ideen des individuellen Liberalismus und adaptierten diese zur Aufrechterhaltung der Oligarchien, des Großgrundbesitzes und der kulturellen Dominanz in Lateinamerika.

Die Besonderheiten der indigenen Völker sollten möglichst aufgelöst, die Menschen in die nationale Wirtschaft eingebunden und von der neuen staatlichen Ordnung erfasst werden. Eine der wichtigsten Formen war die Abschaffung des Gemeinschaftsbesitzes als juristische Sonderform. Sie war und ist es teilweise noch immer, die ökonomische Basis in den allermeisten indigenen Gemeinschaften.

Die Individualisierung des Gemeinschaftslandes wurde vorangetrieben. Die Nationalstaaten konnten sich auf die tatkräftige Unterstützung der katholischen Missionsgesellschaften verlassen. Wo sich indigene Völker dieser Integration widersetzen, wurden sie militärisch vertrieben und teilweise vernichtet. Meines Wissens hat in Lateinamerika nur ein Volk erfolgreichen Widerstand geleistet.

Die Mapuche im Süden Chiles und Argentinien wurden von den Spanischen Eroberern zwar zurückgedrängt, aber nie besiegt. Daher musste die spanische Krone 1641 die Freiheit und Selbstbestimmung der Mapuche vom Fluss Bio Bio bis zum Fluss Tolten festlegen. Nach der „Befreiung“ der im heutigen Chile lebenden „Europäer“ von Spanien erkannte der neue Staat diesen Vertrag an. Allerdings nicht lange, die Großgrundbesitzer und deren mächtige Erfüllungsgehilfen wollten das Land der Mapuche okkupieren. Der grausame Krieg wurde „Befriedung Araukaniens“ genannt, die Mapuche in Reservate gedrängt. Es blieben ihnen zirka fünf Prozent ihres Landes. Unter den Präsidenten Eduardo Frei und Salvador Allende bekamen die Mapuche langsam Ländereien zurück.

Nach dem von der US-Regierung eingefädelteten Militärputsch am 11. September 1973 wurde unter anderem der kollektive Landbesitz verboten. Die Mapuche sollten als Kleinbauern in das kapitalistische System integriert werden, ihre Sprache „Mapudungu“ wurde in den Schulen verboten.

MIT DEM SCHIFF ÜBER DIE ANDEN

Mit diesem Vorwissen überqueren wir mit Schiffen und Bussen die Anden. Um 9 Uhr holt uns ein Bus von San Carlos de Bariloche in Argentinien ab und bringt uns zum „Halstuchhafen“ (Puerto Pañuelo). Vorbei an schroffen Bergen – trotz Spätsommer sind noch immer große Schneeflecken zu sehen – fahren wir mit einem Motor-Katamaran mehr als eine Stunde über den Lago Nahuel Huapi (so sagten die Mapuche und so heißt er noch immer) zur westlichen Bucht Puerto Blest. Das riesige Trinkwasserreservoir hat eine Tiefe, die schon beinahe wieder die Meeresspiegellhöhe erreicht. Eine Dimensionen, nach der mir der Attersee als Badewanne erscheint. Auch die Wassertemperatur des Nahuel Huapi lässt meine Gedanken eher zu den österreichischen Gletscherseen wandern.

Die Tour entpuppt sich immer mehr als riesiger Touristentransport. Das gesamte Gepäck wird wie auf Flughäfen mit Förderbändern auf die Transportmittel Bus-Schiff-Bus-Schiff-Bus-Schiff-Bus verladen. Leichte Zweifel kommen auf, ob das die Form des Reisens sein sollte, die ich mir für diese spezielle Andenüberquerung ausgesucht hatte. Egal, nach kurzer Busfahrt nach Puerto Alegre besteigen wir bis Puerto Frías wieder ein Schiff. Der Cerro Tronador mit seinen sieben Gletschern lenkt meine Gedanken wieder zu den Naturschönheiten – wenn die Gletscher talwärts sausen, dröhnt es angeblich im ganzen Gebiet, daher der „Tronador“.

Wieder warten wir bis ein Bus kommt, der uns über die wahrscheinlich niedrigste Andenüberquerung (976 Höhenmeter) nach Peulla in Chile bringt. Vielleicht sind es die übergroßen Kappen der chilenischen Polizisten, oder die Tatsache, dass Erich Honecker nach Chile geflüchtet war, vielleicht aber auch nur die zwei Stunden Wartezeit an der Grenzstation, ich kann meine Erinnerungen an die ehemali-

gen Grenzübertritte nach Ungarn, die CSSR oder die DDR nicht verdrängen.

Es dauert nochmals eine Stunde, bis das Schiff nach Petrohué ablegt, der besonders schöne Vulkan Osorno lässt sich ob unserer Verspätung nur mehr mit Wolkenhaube und schwach erkennbaren Schneefeldern sehen. Es ist aber zu verstehen, warum er auch der kleine Fuji genannt wird. Der letzte große Lago auf unserer Tour, der Allerheiligensee (Lago Todos Los Santos), liegt mitten im Nationalpark Vicente Pérez Rosales. Trotzdem leben um den See etwa zweihundert Siedlerfamilien, teilweise als Großgrundbesitzer und Großunternehmer. Sie seien eben schon vor der Gründung des Parks 1926 von der Regierung hergeholt worden, damit sie das Land bebauen, beantwortet der Tour-Begleiter meine Frage. Das Land und die notwendigen Schiffe bekamen sie als Unterstützung.

Der Gemeinschaftsbesitz der Mapuche hatte in diesem System keinen Platz mehr. Die große Insel Margarita gehört zur Gänze einem dieser Siedler. Der Allerheiligensee wird so genannt, weil er von europäischen Okkupanten am ersten November „entdeckt“ wurde.

Die Mapuche hatten ihn natürlich längst als Wasserweg für den andinen Warenaustausch mit den Völkern Ostpatagoniens benutzt (haben nicht viele AfrikanerInnen in den letzten Jahren Europa für sich entdeckt, ohne Eroberer sein zu wollen? Kein einziger See wurde nach einem Namen dieser „EntdeckerInnen“ benannt.)

OSTERSTOLLEN UND STREUSELKUCHEN

Zur nächtlichen Ankunft in Puerto Varas konnten wir die alemannischen Holzhäuser nicht mehr sehen. Am nächsten Tag staunten wir dafür nicht schlecht. Ein kulinarischer Prospekt preist Fotos und Rezepte von Schokoladetorte, Apfelmus, Biskuitroulade, Schwarzbrot, Apfelstrudel, Mohntorte, Topfentorte, Osterstollen und Streuselkuchen an. Im Frühling gibt es dann noch ein Oktoberfest.

Klar, meinte der befragte Kellner, die größte Siedlung hier in Puerto Varas sei eine deutsche. Die klaren Seen, die

Berge, die rauschenden Bäche und die grünen Wiesen werden bei den Siedlern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz Heimatgefühle ausgelöst haben. Als Gäste in einem besiedelten Land fühlen sie sich auch heute nicht. Siedler aus dem 18. und 19. Jahrhundert wurden im 20. Jahrhundert zuerst von Flüchtenden vor den Nazis und später von diesen selbst ergänzt. Die Einen blieben, weil sie eine schöne neue Heimat gefunden hatten, oder weil ihnen das Deutschtum die Rückkehr emotional unmöglich machte, die Anderen konnten bleiben, weil Chile kein Auslieferungsabkommen mit Österreich und Deutschland hatte.

Gemeinsam ist vielen der Geflohenen leider das herrschaftliche Verhalten der spanischstämmigen ChilenInnen gegenüber indigener BewohnerInnen. Nicht nur Seen, Nationalparks, Berge, Schulen, Feuerwehren, Bäume und Blumen wurden nach europäischen „Entdeckern“ benannt. Nach meiner Beobachtung tragen auch sehr viele Straßen deren Namen. Eine Buschmann Straße in Osorno, nach dem ersten Bierbrauer Anwandter in Valdivia wird die deutsche Schule benannt, das Kunstmann Bier der gleichen Stadt wirbt auf den Werbeflächen mit „Kunstmann, das gute Bier“ und vieles mehr. In Familien mit erkennbaren indigenen Wurzeln wird oft schon nach kurzem Kontakt betont, dass sie aus spanischen, deutschen, schweizer, oder, ... Familien stammen.

SOY CHE, PERO SIN MAPU NO SOY MAPUCHE²⁾

Ich bin ein Mensch, aber ohne Land bin ich kein Mapuche

Villarrica mussten wir sehen. Jene Stadt mit dem gleichnamigen See und ebenfalls gleichlautenden und rauchenden Vulkan ist heute ein sehr netter Touristenort zum Baden, Surfen, Segeln und für Ausflüge in Nationalparks und Thermen. Bereits zwischen 1554 und 1559 und dann für längere Zeit nach 1602 mussten die Spanier die Stadt aufgeben. Sie konnten die Angriffe der Mapuche nicht abwehren. Erst 1882 kam es zu einem Treffen der chilenischen Regierung

Bitte umblättern

Vulkan Villarrica
in Chile



Mapuche-Krieger
am Hauptplatz
von Temuco



mit dreihundert Führern der Mapuche. Die daraus resultierende Vereinbarung wurde durch unklare Formulierungen zum Bumerang für die Mapuche. Sie wurden in Reservate an den Hängen des Vulkans verbannt.

In den 1960ern und den ersten 1970ern und vor allem unter Präsident Salvador Allende konnten sie auf Landrückgabe und die Erfüllung der Abkommen hoffen. Die Diktatur Pinochets beendete die sanften Fortschritte. Sie hielten in dieser Zeit ihre Gemeinschaften mit geheimen Treffen aufrecht. Ihre Präsenz veranlasste den ersten Präsidenten nach der Diktatur die Forderungen der Mapuche in das Regierungsprogramm aufzunehmen.

Noch vor der Wahl gab es einen großzügigen Pakt zwischen Aylwin und den Mapuche, der nach der Wahl im Parlament immerhin noch die Anerkennung indigener Gruppen³⁾ in Chile zur Staatshaltung machte. Wieder einmal kam es zu einem Abkommen mit der Regierung, nach dem unter anderem alle Streitigkeiten im Dialog beigelegt werden sollten. Nachdem die nächste Regierung eine Kraftwerkskette am Oberlauf des Bio Bio erlaubte und unter anderem Friedhöfe der Mapuche überschwemmt wurden, sahen die Mapuche dieses Abkommen de facto aufgelöst.

Die Wechselbäder für die Mapuche setzten sich fort. Eine neue Wahrheitskommission forderte Landrückgaben, die

Regierung ignorierte den Bericht der Kommission. Die Mapuche reagierten mit Protesten gegen die internationalen Holzmultis und mit Landbesetzungen. Die Repressionen der Polizei nahmen zu und die Aktivitäten der Mapuche wurden nach einem Antiterrorgesetz aus der Zeit Pinochets als terroristisch eingestuft.

Unter der vorletzten Präsidentin Michelle Bachelet wurde zwar eine Resolution der „International Labour Organisation“ über das Verfügungsrecht natürlicher Ressourcen ihres Siedlungsgebietes unterzeichnet, aber auch diese Verpflichtung wird nicht umgesetzt.

Der aktuelle und offen neoliberale Präsident Sebastián Piñera zeigt wenig Interesse, die Lage der Mapuche zu verbessern. Mit Scheinlösung durch das Einbinden von angepassten Mapuche – zwei Führer von Gemeinschaften vertrauten angeblich die Mapuche, doch der Eine war Unteroffizier der Streitkräfte, der andere stand in Verbindungen zu Konzernen, die Interesse am Land der Mapuche haben – sollen die Initiativen der Regierung positiv dargestellt werden. Gleichzeitig setzt die Polizei scharfe Munition gegen protestierende Mapuche ein. Es gibt Tote, viele Verletzte und bei Hausdurchsuchungen werden auch alte Menschen und Kinder geschlagen. Die Anwendung eines Antiterrorgesetzes mit Militärgerichtsverfahren der Pinochet-Diktatur wurde nach nationalen und internationalen Protesten vom neuen Präsidenten für einige Häftlinge beendet, für andere wird es weiterhin angewendet.

Erst ein 2008 begonnener Hungerstreik brachte internationale Aufmerksamkeit. Nach einer Vermittlung durch Bischof Goic beendete Patricia Troncoso ihren Streik nach 103 Tagen. Sie und vier Mapuche wurden neben Gefängnisstrafen zu einer Geldstrafe von 925.000 US-Dollar verurteilt. Laut Senator Alejandro Navarro seien 2008 in der Mapuche-Region für die Bewachung der Wälder der Holzkonzerne elf Millionen Dollar ausgegeben worden, aber nur etwas mehr als fünf Millionen für den versprochenen Landankauf. Noch immer sind mehr als hundert Mapuche in Haft.

Viele Mapuche fordern Autonomie innerhalb des Zentralstaates, andere fordern politische Autonomie und meinen vor allem die Anerkennung der Lonkos⁴⁾. Sie wollen ihre eigenen, zweisprachigen Schulen und selbst über die Ressourcen ihres Landes verfügen können.

2,5 Busstunden westlich von Temuco, am Lago Budi, liegt die Mapuche-comunidad (Dorfgemeinschaft) Llaguepulli. Wir haben ihr sanftes Tourismusangebot⁵⁾ in Anspruch genommen und konnten zwei Tage lang in die Kultur der Mapuche eintauchen. Sie bieten Cabanas und Rukas⁶⁾ zum Nächtigen an. Kulturelle Aktivitäten bis hin zum Besuch eines medizinischen Kräutergartens und vor allem der Wunsch, mit den Gästen zu reden, zu diskutieren und ihnen auch die Situation der Mapuche näher zu bringen, kennzeichnen dieses Tourismusprojekt der Mapuche. In Llaguepulli hat die comunidad die Forderung nach eigener Bildung umgesetzt. Nach zähen und konfliktreichen Verhandlungen haben sie 2006 die damals katholisch geführte, ein-klassige Schule mit fünfzehn Kindern zwischen sechs und vierzehn Jahren übernommen. Heute verwalten sie die Schule selbst. Achtzig SchülerInnen in acht Klassen werden von acht LehrerInnen, einer Psychologin und fünf Teilzeitkräften (Fahrer, Küche, ...) betreut. Selbstverständlich wird

neben Spanisch auch Mapudungu gelehrt und gesprochen. Die Kultur und die Religion der Mapuche sind so etwas wie ein Unterrichtsprinzip in ihrer Schule.



Ruka: Haus der Mapuche

Die Mapuche nennen die Weißen huincas. Auf unsere Frage, was für sie in der Zeit der Diktatur besonders schlimm war, bekamen wir zur Antwort, dass die huincas ihre Sprache verboten hätten und sie sich nicht versammeln durften. Letzteres stuften sie besonders schlimm ein. Die zwangsweise Aufteilung der ohnehin kleinen Gemeinschaftsbesitze an Familien seien bis heute sehr negativ, da sie diese in die Armut treiben.

Im neoliberalen Weg Chiles (seit Pinochet) werden sowohl die Natur, als auch kulturelle Werte dem Wirtschaftswachs-

tum und Massenkonsum untergeordnet. Urwälder werden gerodet, Holzplantagen angelegt. Eine Grundhaltung, die den Werten der Mapuche diametral entgegensteht: Die Einheit von Natur und Mensch, das Leben und Arbeiten in Gemeinschaft, ohne Privateigentum. Doch die Hoffnung lebt. Viele Mapuche sind überzeugt, Autonomie für ihr Volk erreichen zu können.

Mir hat sich diese Hoffnung in Temuco gezeigt: Eine Straße, die Avenida Lautaro im Zentrum, wurde nach einem der wichtigsten Mapuche-Krieger benannt. Lautaro wurde von den Spaniern gefangen genommen, konnte flüchten und hat im 16. Jahrhundert viele erfolgreiche Schlachten gegen die Spanier geführt.

1) Mapu = Erde, im Sinne von Land; Che = der Mensch, Menschen

2) Mauricio Painefil in einem Gespräch in der comunidad Llaguepulli, im März 2011

3) Die Mapuche wollen als Volk anerkannt werden. Mit 10 Prozent der chilenischen Bevölkerung, einem zugesprochenem Land und einer eigenen Sprache sind sie keine ethnische Minderheit, sondern wollen Autonomie.

4) Lonko bedeutet Kopf. Der Lonko ist die politische und moralische Autorität (gewählt) der comunidad.

5) Kontaktdaten: lagobudi.cl/general/proyecto.htm, E-Mail von Nadia: contacto@lagobudi.cl

6) Ruka: Haus aus Stroh und Schilf mit offenen Feuerstellen, wurden teilweise wieder aufgebaut, einige Familien leben auch noch in diesen Häusern.

Zeichen der
Mapuche-Schule in
Llaguepulli
in Mapudungu





tausend Delegierte. Dementsprechend kompliziert waren wahrscheinlich die Vorbereitungen zu den zentralen Dokumenten und Resolutionen, die dann einstimmig beschlossen wurden.

Die Abhandlung der Kapitel des Planes für die nächsten Jahre wurde immer wieder durch kleine Podiumsdiskussionen unterbrochen. Bei einer waren GewerkschafterInnen aus Tunesien und Algerien geladen, durchaus auch mit der Frage, was wir für sie tun könnten und wie glaubwürdig die EU in ihren Ländern noch sei. Glaubwürdig? Nein. Aber trotz bestehender Gewerkschaften in Tunesien kam die Revolte überraschend. Die GewerkschafterInnen haben sie dann sehr unterstützt. In Ägypten gabs zuvor nur „Staatsgewerkschaften“ mit Pflichtmitgliedschaft. Der Neuaufbau ist schwierig, die Lage unübersichtlich.

In einer anderen Debatte an den Kommissar der EU, Laszlo Andor, gerichtet: „Ihr redet von Krise, ihr redet vom Sparen, wir reden von den Menschen“. Kollege Foglar forderte vehement die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Eine Forderung, die hier von allen mitgetragen und begeistert unterstützt wird.

Am letzten Tag des Kongresses haben die Delegierten das „Athener Manifest“ einstimmig beschlossen. Die Resolution macht deutlich: Der EGB wird kompromisslos gegen antisoziale Praktiken in der Europäischen Union und damit auch gegen die gegenwärtig geplante Form der Wirtschaftsregierung kämpfen. „Die Alternative zur Sparpolitik lautet: Entwicklung einer Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, strengere Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen“, sagte die neu gewählte Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Bernadette Ségol.

Der Kongress war recht klar und deutlich in Worten. Was das aber dann für die Taten bedeuten wird, muss abgewartet werden.

Wer es genauer wissen will: www.oegb-eu.at

ES

war durchaus Absicht, dass der Kongress ausgerechnet in Athen stattfand und der Solidarität mit den Menschen in Griechenland galt auch gleich eine dringliche Resolution gegen die Sparpolitik der Europäischen Union. Ein Thema, das sich durch alle Papiere und Debatten zog, eines war wirklich allen klar: Wird der Euro-Pakt samt Sparmassnahmen weitergeführt, dann bedeutet das nicht nur Verelendung für viele Menschen, sondern auch das Aus für das Europäische Projekt.

In Athen waren zunächst nicht alle von diesem Kongress begeistert. Teile

Der große Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes hat dreieinhalb Tage gedauert. In der Österreichischen Delegation war erstmals die UG dabei.

Von Lisa Langbein.

der griechischen GewerkschafterInnen plakatierten („Bürokraten, geht heim“) und demonstrierten gegen den Europäischen Gewerkschaftsbund. Das hat gleich dazu geführt, dass am ersten Tag der gesamte Kongress unter Polizeischutz stattfand und am Eintritt strenge Sicherheitskontrollen waren. Das hat sich im Laufe der Zeit gelegt. Aber Polizei ist sehr stark präsent in Athen, und Armut deutlich sichtbar.

Im EGB (international heißt er etuc, European Trade Union Confederation) sind über achtzig Gewerkschaften aus 36 Ländern organisiert. Dementsprechend groß war der Kongress, über



LISA LANGBEIN
IST UG-VERTRETERIN IM
ÖGB-VORSTAND UND
ARBEITET IN DER KIV.